

7.3.1 KONFLIKTANALYSE UND DARLEGUNG DER VERURSACHERPFLICHTEN (§§ 13, 15 BNATSchG)

Gemäß der §§ 13 und 15 BNatSchG müssen bei Eingriffen in Natur und Landschaft Vorkehrungen zur Vermeidung bzw. Verminderung getroffen werden. Unvermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen bzw. zu ersetzen.

Im Folgenden werden die zu erwartenden Beeinträchtigungen bzw. potentiellen Konflikte innerhalb der jeweiligen Schutzgüter in Bezug auf die geplanten Maßnahmen dargestellt (vgl. Karten 2.2.+ 2.2.1).

Es wird zudem betrachtet, ob und wie die beschriebenen Konflikte weiter reduziert werden können. Im Ergebnis werden Vermeidungsmaßnahmen festgelegt, welche neben den allgemein gültigen Vorschriften und Gesetzen im Rahmen der Ausführungsplanung und Umsetzung der Maßnahmen verbindlich einzuhalten sind. Können die Beeinträchtigungen nicht gänzlich vermieden werden, erfolgt in einem weiteren Schritt die Darstellung der erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Eine detaillierte Zuordnung der Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen zu den Baumaßnahmen ist der Bilanztafel im Teil 7.3.3 zu entnehmen.

Im Zuge der Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes sind die Maßnahmen auf ein unvermeidbares Maß reduziert worden. Weiterhin wurden alle Möglichkeiten zur Verringerung des Versiegelungsgrades, wie z.B. minimaler Ausbauquerschnitt berücksichtigt. Alle Wirtschaftswege werden in Spurbahn Beton bzw. Pflaster ausgebaut, was zum Einen den Versiegelungsgrad schmälert und zum Anderen sich ideal in die landwirtschaftlich geprägte Landschaft einfügt.

HINWEIS: Im Rahmen der Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes (§ 41 FlurbG) werden die Konflikte über multifunktionale Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen bzw. ersetzt. Das bedeutet, dass durch eine Kompensationsmaßnahme Konflikte verschiedener Schutzgüter gleichzeitig ausgeglichen bzw. ersetzt werden können. Für die Ermittlung des Flächenbedarfs wird im Grundsatz das Flächenverhältnis von Eingriff und Ausgleich bei der Kompensation von Bodenversiegelung gemäß den Hinweisen zum Vollzug der Eingriffsregelung (HVE, MLUR 2009) angenommen. Sind durch die folgenden Maßnahmen nicht alle Konflikte multifunktional zu kompensieren, können weiterführende Kompensationsmaßnahmen erforderlich sein.

Schutzgut Boden

Konflikt 1.1 (K1.1) –

Versiegelung von Böden mit allgemeiner Funktionsausprägung

anlagebedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: 150/1, 151, 152, 154, 162, 200/1-4, 201/1, 700

Der Wegeausbau findet durchweg auf Böden mit allgemeiner Funktionsausprägung statt. Dabei handelt es sich bei den Wegen größtenteils um bereits bestehende Wege, die in Bezug auf die Versiegelung bereits eine Vorbelastung aufweisen. Lediglich der Weg 162 (Weg am Lug) wird neu gebaut und zwar fast durchweg auf intensiv genutztem Ackerboden. Für den Neubau des Durchlasses (707) über den Ströbitzer Landgraben gehen ca. 5 x 5 m Uferrandstreifen verloren.

Die zusätzliche Versiegelung führt zu einer weiterreichenden und damit erheblichen Störung der Bodenfunktionen.

Durch den gesamten Wegebau kommt es zu einer Nettoneuversiegelung von ca. 8.090 m² (siehe Teil 7.3.2).

Um den Eingriff möglichst gering zu halten, wurde die Ausbaubreite und die Ausbauart der Fahrbahn auf ein nötiges Maß reduziert. Weitere Möglichkeiten der Reduzierung sollten im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt werden. So können zum Beispiel Ausweichstellen und Feldzufahrten überlagernd angeordnet werden.

baubedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: 700

Bei der Brückenbaumaßnahme 700 wird eine Stell- und Lagerfläche hergestellt und temporär mit Schotter befestigt. Nach Abschluss der Massnahme wird diese komplett zurückgebaut.

Vermeidungsmaßnahmen

V.-Nr. 1 – Versiegelungsgrad möglichst gering halten

Möglichkeiten zur Verringerung des Versiegelungsgrades im Zuge der Ausführungsplanung müssen berücksichtigt werden (z.B. überlagernde Anordnung der Ausweichstellen und Feldzufahrten).

V.-Nr. 1a – Rückbau der bauzeitlichen Befestigung für Lager- und Stellflächen

Nach Abschluss der Brückenbauarbeiten, ist die Befestigung/ Aufschüttung für die Lagerflächen komplett zurück zu bauen.

→ Durch die festgesetzten Vermeidungsmaßnahmen ist die Teilversiegelung im Zusammenhang mit der Brückenbaumaßnahme 700 nur vorübergehend.

Die Beeinträchtigung bei den Wegebaumaßnahmen ist nicht vollständig zu vermeiden und ist daher auszugleichen.

Ausgleichsmaßnahmen

Durch die Baumaßnahme kommt es zu einer dauerhaften Mehrversiegelung von 8.090 m² (vgl. Teil 7.3.2). Im Verfahrensgebiet werden zum Ersatz dieses Eingriffes Gewässerrandstreifen und Saumstreifen auf Acker angelegt. Diese sind gemäß Feldblockkataster als Acker ausgewiesen und werden künftig extensives Grünland. Das Kompensationsverhältnis beträgt hier laut den Hinweisen zum Vollzug der Eingriffsregelung (HVE 2009) 1:2.

Folgende Ersatzmaßnahmen werden festgelegt:

M 1001 - 1008 – Gewässerrandstreifen / Saumstreifen (16.180 m² von insgesamt 18.775 m²)

Konflikt 1.2 (K1.2) – Verdichtung durch Bautätigkeit

baubedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: alle Baumaßnahmen

Durch schwere Baumaschinen und die Lagerung von Material kann es im Bereich der Baustelle zusätzlich zu Bodenverdichtung kommen.

Für die Lagerung von Material und das Abstellen von Maschinen sind vorrangig bereits befestigte Flächen zu nutzen. Werden unbefestigte Flächen verdichtet, so ist der Boden dieser Flächen nach Abschluss der Bauarbeiten zu lockern

Vermeidungsmaßnahmen

V.-Nr. 2 – Bodenlockerung nach Abschluss der Baumaßnahmen

Für die Lagerung von Material und das Abstellen von Maschinen sind vorrangig bereits befestigte Flächen zu nutzen. Böden, die durch Baufahrzeuge und -maschinen sowie die Lagerung von Material verdichtet wurden, müssen nach Abschluss der Baumaßnahme gelockert werden

→ Die Beeinträchtigung ist aufgrund der festgelegten Vermeidungsmaßnahme nur vorübergehend und muss daher nicht zusätzlich ausgeglichen werden.

Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften (Biotoptypen)

Konflikt 2.1 (K2.1) –

Verlust von halbruderalen Gras- und Staudenfluren auf Wegrändern / Mittelstreifen

baubedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: alle Baumaßnahmen

Durch den Baubetrieb an der Brücke und den Wegebaumaßnahmen werden ruderale Gras- und Staudenfluren aus allgemein verbreiteten Arten überbaut. Der Verlust ist temporär, da sich in den Randbereichen und auf den Banketten innerhalb weniger Monate bis Jahre wieder ähnliche Strukturen entwickeln werden.

anlagebedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: 152, 154, 162, 200/2, 200/4, 201/1, 700

Bestehende Mittel- bzw. Randstreifen werden durch die Ausbaumaßnahme dauerhaft überbaut.

Vermeidungsmaßnahmen

V.-Nr. 1 – Verlust/ Beseitigungsgrad möglichst gering halten

Möglichkeiten zur Verringerung des Versiegelungsgrades im Zuge der Ausführungsplanung müssen berücksichtigt werden (z.B. überlagernde Anordnung der Ausweichstellen und Feldzufahrten).

→ Im Bereich der zukünftigen Bankette ist dies eine vorübergehende Beeinträchtigung. Die Bankette beinhalten eine Graseinsaat, so dass sich innerhalb von 5 Jahren hier wieder halbruderalen Gras- und Staudenfluren in gleicher Qualität entwickeln. Gleiches gilt für die Randbereiche der Maßnahmen. Die dauerhaften Verluste von Mittel- bzw. Randstreifen sind auszugleichen.

Ausgleichsmaßnahmen

Durch die oben genannten Baumaßnahmen werden 3.777,50 m² ruderalen Gras- und Staudenfluren permanent überbaut. Dieser Eingriff wird durch die Anlage von Gewässerrandstreifen im Verhältnis 1:1 ausgeglichen.

Folgende Ersatzmaßnahmen werden festgelegt:

Siehe Ersatzmaßnahmen K1

Konflikt 2.2 (K2.2) – Beeinträchtigung von wegbegleitenden Gehölzbeständen

baubedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: alle Baumaßnahmen

Mehr oder weniger alle Baumaßnahmen sind zumindest abschnittsweise von Gehölzen begleitet. Dort wo die Gehölze direkt angrenzend zur Baumaßnahme stehen, kann es baubedingt zu einer Beeinträchtigung der Gehölze kommen.

Eine Beeinträchtigung der Gehölze kann durch einen bauzeitlichen Schutz vermindert bzw. vermieden werden.

Vermeidungsmaßnahmen

V.-Nr. 3 – Schutz der vorhandenen, wegbegleitenden Gehölzbestände nach DIN 18920

Wegebegleitende Gehölzbestände müssen entsprechend DIN 18920 (Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen) während der Bauphase vor Beeinträchtigungen geschützt werden.

→ Die Beeinträchtigung kann durch die Vermeidungsmaßnahme vollständig vermieden werden und muss daher nicht zusätzlich ausgeglichen bzw. ersetzt werden.

Konflikt 2.3 (K2.3) – Verlust von Gehölzen aus einem flächigen Gehölzbestand

baubedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: 151 (am Durchlass 706), 162 (am Durchlass 707), 801/1-4

Weg 151 (am Durchlass 706)



Abbildung 1: Draufsicht – Gehölzverluste im Rahmen der Wegebaumaßnahme 151

Im Rahmen der Wegebaumaßnahme 151 gehen im Bereich des Durchlasses 706 ein paar Gehölze verloren. Diese Gehölze sind Teil eines flächigen Gehölzbestandes entlang des Ströbitzer Landgrabens (siehe Abbildung 1).



Abbildung 2: Gehölzverluste im Rahmen der Wegebaumaßnahme 151

Dabei handelt es sich um 2 Pappeln mit einem Stammumfang von 60 bis 90 cm, einer Erle mit einem Stammumfang von 60 cm (rechte Seite vom Weg) und einer 2-stämmigen Birke mit jeweils einem Stammumfang von 60 cm (linke Seite vom Weg) (siehe Abbildung 2).

Der Eingriff in das Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften (Biotoptypen) wird wie folgt bewertet:

Da die Funktion für Natur und Landschaft des flächigen Gehölzes entlang des Ströbitzer Landgrabens durch die verhältnismäßig geringen Gehölzverluste nicht nachhaltig beeinträchtigt wird und der Charakter der Gehölzstruktur erhalten bleibt, ist der Eingriff als gering bzw. nicht erheblich einzustufen.

Weg 162 (am Durchlass 707)

Abbildung 3: Draufsicht – Gehölzverluste im Rahmen der Wegebaumaßnahme 162

Im Rahmen der Wegebaumaßnahme 162 gehen im Bereich des neu zu bauenden Durchlasses 707 ein paar Gehölze verloren. Diese Gehölze sind Teil eines flächigen Gehölzbestandes entlang des Ströbitzer Landgrabens (siehe Abbildung 3).



Abbildung 4: Gehölzverluste im Rahmen der Wegebaumaßnahme 162

Dabei handelt es sich um 3 Pappeln mit einem Stammumfang von ca. 120 cm und ca. 9 jüngeren Bäumen (Eiche, Birke) (siehe Abbildung 4).

Der Eingriff in das Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften (Biotoptypen) wird wie folgt bewertet:

Da die Funktion für Natur und Landschaft des flächigen Gehölzes entlang des Ströbitzer Landgrabens durch die verhältnismäßig geringen Gehölzverluste nicht nachhaltig beeinträchtigt wird und der Charakter der Gehölzstruktur erhalten bleibt, ist der Eingriff als gering bzw. nicht erheblich einzustufen.

Pappelfällung 801/1-4

Die Maßnahme 801/1-4 umfasst die Fällung von Hybrid-Pappeln. Die Pappeln wurden zu DDR-Zeiten zur schnellen Holzgewinnung gepflanzt. Durch die Wende erfolgte keine Nutzung der Bestände mehr und die Pappeln wurden alt und brüchig und damit zur Gefahrenquelle, vor allem da die Pappeln an Wegen/Straßen stehen.

Bei Maßnahme 801/1-4 stehen ca. 81 Hybrid-Pappeln auf einem ca. 8 bis 10 m breiten Streifen westlich des Weges 144/2. Die Strauchschicht unter den Hybrid-Pappeln besteht aus Arten wie Roter Hartriegel, Pfaffenhütchen, Hundsrose, Heckenkirsche, Schneebeere, Sanddorn, Spierstrauch und Erbsenstrauch. Arten wie Eiche, Birke, Weide, Feldahorn und Vogelkirsche kennzeichnen die Baumschicht der Struktur.

Nach dem Herausnehmen der Hybrid-Pappeln bleibt hier eine dichte Gehölzstruktur in gleicher Länge und Breite erhalten. Die Bäume im Unterwuchs werden die künftigen Überhälter, so dass die Maßnahme keinen erheblichen Eingriff darstellt. Die ökologischen Funktionen des Gehölzstreifens bleibt im wesentlichen erhalten (artenschutzrechtliche Besonderheiten wurden im Fachgutachten Teil 7.4 erörtert und werden hier auch im Kapitel zum Schutzgut Fauna aufgeführt). Durch die Herausnahme der nicht heimischen Hybrid-Pappeln erfolgt sogar perspektivisch eine Aufwertung der Struktur, da die Entwicklung der heimischen Baumarten gefördert wird. Die nachfolgenden Bilder verdeutlichen diesen Sachverhalt.



Abbildung 5: Maßnahme 801 – Ausbildung der Strauch- und jüngeren Baumschicht



Abbildung 6: Maßnahme 801 – Ausbildung der Strauch- und jüngeren Baumschicht (u. a. Vogelkirsche, Eberesche, Hartriegel, Birke)

Vermeidungsmaßnahmen

Im Rahmen der Planung wurden bereits alle Möglichkeiten der Reduzierung des Eingriffes berücksichtigt, weitere Vermeidungsmaßnahmen sind nicht möglich.

→ Der Konflikt führt zu keiner erheblichen Beeinträchtigung des Schutzgutes Arten- und Lebensgemeinschaften (Biotoptypen) und ist daher nicht auszugleichen.

Konflikt 2.4 (K2.4) –**Verlust von Einzelgehölzen mit einem Stammumfang >60 cm**

baubedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: 154, 162, 201/1

In den Anbindungsbereichen der Wegebaumaßnahmen 154 und 162 müssen Bäume gefällt werden:

Weg 154:

- 2 Linden – StU = 60 cm

Weg 162:

- 1 Eiche – StU = 207 cm
- 1 Linde – StU = 255 cm
- 1 Eiche – StU = 148 cm
- 1 Eiche – StU = 155 cm

Weiterhin müssen im Querungsbereich der Landesstraße 512 für die Radwege (200/4 und 201/1) in Kunersdorf folgende Bäume gefällt werden:

- 1 Linde – StU = 160 cm
- 2 Linden – StU = 60 cm
- 1 Linde – StU = 125 cm

Bei der Auswahl der Trassenführungen wurde die Variante mit dem geringsten Verlust an Gehölzen bei möglichst geringem Flächenbedarf gewählt. Die Erhaltung der Bäume bzw. Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung sind nicht möglich.

→ Da es sich um ein Einzelgehölze handelt, ist die Fällung gemäß HVE durch die Pflanzung von Hochstämmen auszugleichen.

Ausgleichsmaßnahmen

Die Fällung der Bäume (Stammumfänge siehe oben) ist gemäß HVE durch die Pflanzung von 68 Hochstämmen zu kompensieren.

Folgende Ausgleichsmaßnahme wird festgelegt:

M 1009 – Baumreihe entlang Wirtschaftsweg Papitz – Milkersdorf (68 Hochstämmen)

Konflikt 2.5 (K2.5) – Beeinträchtigung von Grünland

baubedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: 700

Bei der Brückenbaumaßnahme 700 wird eine Stell- und Lagerfläche hergestellt und temporär mit Schotter befestigt (ca. 900 m²). Nach Abschluss der Massnahme wird diese komplett zurückgebaut.

Vermeidungsmaßnahmen

V.-Nr. 1 – Versiegelungsgrad möglichst gering halten

Möglichkeiten zur Verringerung des Versiegelungsgrades im Zuge der Ausführungsplanung müssen berücksichtigt werden (z.B. überlagernde Anordnung der Ausweichstellen und Feldzufahrten).

V.-Nr. 1a – Rückbau der bauzeitlichen Befestigung für Lager- und Stellflächen

Nach Abschluss der Brückenbauarbeiten, ist die Befestigung/ Aufschüttung für die Lagerflächen komplett zurück zu bauen.

→ Durch die festgesetzten Vermeidungsmaßnahmen ist die Teilversiegelung im Zusammenhang mit der Brückenbaumaßnahme 700 nur vorübergehend.

Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften (Fauna)

Die Konflikte und Vermeidungsmaßnahmen zum Konfliktbereich 3 (Fauna) werden größtenteils im Rahmen der Natura 2000 Vorprüfungen und des Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages entwickelt und dargestellt (folglich Teil 7.1 und 7.4). Die relevanten Arten wurden mit dem Landesamt für Umwelt (Schreiben vom 09.02.2024) abgestimmt.

Konflikt 3.1 (K3.1) – Störung / Gefährdung von Brutvögeln

baubedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: alle Baumaßnahmen

Durch den lärmverursachenden Baubetrieb können Brutvögel während des Brutgeschehens gestört werden, was schlimmstenfalls zur Aufgabe der Brut führen kann. Auch können Neststandorte durch die Bauarbeiten bzw. durch die vorher erforderliche Bauelfreimachung zerstört werden.

Im Rahmen der SPA-Vorprüfung und des artenschutzrechtlichen Fachgutachtens wurden daher verschiedene Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt, genauere Ausführungen dazu sind den Teilen 7.1.3, 7.1.4 und 7.4 zu entnehmen.

Die Vermeidungsmaßnahme V4 wird gem. BNatSchG für Maßnahmen mit umfangreichem Gehölzrückschnitt und/ oder Fällungen/ Rodungen festgesetzt. Dies betrifft in diesem Verfahren 801/1-4, 700 (Entfernung Starkast im Baubereich), 162 (beim Durchlass 707), 162 und 154 im Anbindungsbereich an übergeordnete Straßen und 200/4, 201/1

Vermeidungsmaßnahmen

V.-Nr. 4 – Gehölzrückschnitte / Fällungen außerhalb der Brutzeit

Um eine Beeinträchtigung der europäischen Brutvögel durch die Fällungen bzw. den Rückschnitt der Gehölze zu vermeiden, dürfen diese Maßnahmen nur außerhalb der Brutzeit durchgeführt werden. Ausnahmen stellen hier schonende Form- und Pflegeschnitte dar (vgl. § 39 BNatSchG). Die Fällungen müssen somit in der Zeit von 1. Oktober bis 28. Februar erfolgen.)

V.-Nr. 5 - Bauzeitenbeschränkung

Um eine Beeinträchtigung europäischer Brutvögel während der Brutzeit durch die Bauarbeiten zu vermeiden, muss eine Bauzeitenbeschränkung in der Brutzeit der jeweiligen gefährdeten wertgebenden Art eingehalten werden (vgl. Kap. 7.4).

Folgende Ausnahmen sind möglich:

Ausnahmeregelung 1: Die Bauzeitenbeschränkung kann verkürzt oder auch aufgehoben werden, wenn im Baujahr mittels Kontrolle durch eine fachkundige Person nachgewiesen wird, dass das Brutgeschäft der wertgebenden Arten im Wirkungsbereich der Baumaßnahme bzw. innerhalb der Fluchtdistanz zum Weg bereits abgeschlossen ist oder auch gar keins stattfindet und die vorhandenen Brutreviere weit genug von der Baumaßnahme entfernt liegen. Eine Beeinträchtigung kann dann ausgeschlossen werden.

Ausnahmeregelung 2: Eine Ausnahme ist möglich, wenn die Bauarbeiten vor der jeweilig relevanten Brutzeit beginnen und ohne größere Unterbrechungen in der Brutperiode fortgesetzt werden. In diesem Fall haben die Brutvögel die Möglichkeit in angrenzende Bereiche auszuweichen.

V. -Nr. 6 – Nistkasten aufhängen

Um Fortpflanzungsstätten von Höhlenbrütern zu erhalten, wird in der Nähe der zu fällenden Höhlenbäume im Verhältnis 1:1 ein Nistkasten gehängt. Das Aufhängen des Kastens erfolgt außerhalb der Brutperiode vom 1. Oktober bis 28. Februar (vgl. Kap. 7.4).

V. -Nr. 7 – Erhalt von Höhlenbäumen als Hochstubben

Höhlenbäume werden, dort wo es geht, als Hochstubben belassen, so dass die Höhlen noch weiter als Lebensraum dienen können.

Vor Beginn der Fällarbeiten werden die Bäume durch eine fachkundige Person auf Höhlen kontrolliert und die zu erhaltenden Höhlenbäume gekennzeichnet. Der Schnitt muss mindestens einen Meter über der Höhle erfolgen (vgl. Kap. 7.4).

→ Die Beeinträchtigung kann durch die Vermeidungsmaßnahme vollständig vermieden werden und muss daher nicht zusätzlich ausgeglichen bzw. ersetzt werden.

Konflikt 3.2 (K3.2) – Störung / Gefährdung von Reptilien

baubedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: 144/1-2, 700

Bei den genannten Wegebaumaßnahmen können durch den Baubetrieb Individuen von Reptilien, welche sich im Baubereich aufhalten, getötet werden. Desweiteren ist es möglich bei geeigneten Strukturen, dass Gelege der Reptilien zerstört werden. Trifft hier nur auf den Weg 144/1-2 zu. Alle anderen Maßnahmen weisen keine grabbaren Substrate zur Eiablage nahe der Maßnahme auf.

Temporär werden durch den Baubetrieb ca. 1,00 – 1,50 m breite Streifen der Seitenbereiche in Anspruch genommen. Dadurch können Flächen verdichtet bzw. Reptilienlebensräume beeinträchtigt werden. Auch die Flächen für die Bautstelleneinrichtung oder Lagerflächen können zu derartigen Beeinträchtigungen temporär führen.

Im Rahmen des artenschutzrechtlichen Fachgutachten wurden daher bei Notwendigkeit Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt. Genauere Ausführungen dazu sind dem 7.4 zu entnehmen.

Vermeidungsmaßnahmen

V. Nr. 8: Aufstellen eines Folienzaunes / Errichtung Bautabuzone / ökologische Baubegleitung

Um sicherzustellen, dass sich keine Individuen der Zauneidechse in den Baubereich bewegen und getötet werden, ein Folienzaun zwischen Zauneidechsenlebensraum und Weg aufgestellt. Auch wird so ein Befahren der Habitatfläche vermieden (Bautabuzone).

Die Errichtung des Zaunes und die Kontrolle der Funktionsfähigkeit wird durch einen Biologen/ Herpetologen im Rahmen einer ökologischen Baubegleitung überwacht.

- Höhe des Folienzaunes 50 cm, Tiefe im Erdreich 10 cm oder Zaun umschlagen und mit Erde bedecken
- Entfernung des Folienzaunes nach Beendigung der Wegebaumaßnahme
- Kontrolle der Funktionsfähigkeit des Folienzaunes in regelmäßigen Abständen

Das Aufstellen des Zaunes erfolgt ca. 3 Wochen vor Baubeginn (in den frühen Morgenstunden).

Ausnahmeregelung 3: Auf die Errichtung eines Folienzaunes kann, wenn die Maßnahme von Anfang November bis Ende Februar umgesetzt wird, verzichtet werden. In diesem Zeitraum ist die Zauneidechse nicht aktiv.

→ Die Beeinträchtigung kann durch die Vermeidungsmaßnahme vollständig vermieden werden und muss daher nicht zusätzlich ausgeglichen bzw. ersetzt werden.

Konflikt 3.3 (K3.3) – Störung / Gefährdung von Fledermäusen

baubedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: 801/1-4, 803

Für die Maßnahmen 801/1-4 wurde im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Teil 7.4) untenstehende Vermeidungsmaßnahme festgelegt.

Durch den Abriss des alten und leerstehenden Nebengebäudes der alten Schule an der Kreuzung Schloßstraße und Gartenstraße in Milkersdorf (Maßnahme 803) gehen möglicherweise Spaltenquartiere von Fledermäusen verloren und Tiere, welche sich darin aufhalten, könnten gefährdet sein.

Im Rahmen des artenschutzrechtlichen Fachgutachten wurden zur Vermeidung eine ökologische Baubegleitung festgelegt.

Vermeidungsmaßnahmen

V. -Nr. 7 – Erhalt der Höhlenbäume als Hochstubben

Die Höhlenbäume werden als Hochstubben belassen, so dass die Höhlen noch weiter als Lebensraum dienen können.

Vor Beginn der Fällarbeiten werden die Bäume durch eine fachkundige Person auf Höhlen kontrolliert und die zu erhaltenden Höhlenbäume gekennzeichnet. Der Schnitt muss mindestens einen Meter über der Höhle erfolgen.

V. -Nr. 9 – Ökologische Baubegleitung / Fledermauskontrolle / Ersatzquartiere

Um Beeinträchtigungen von Fledermäusen während der Abrissmaßnahme zu vermeiden, ist vor und während der Maßnahme das Gebäude von einer fachkundigen Person auf die Nutzung von Fledermäusen zu untersuchen, ggf. sind Tiere umzusetzen oder freizulassen bzw. auch Vergrämnungsmaßnahmen, wie das Verschließen von Spalten, durchzuführen. Erst nach Erteilung der Baufreiheit durch das Fachpersonal kann die Maßnahme erfolgen.

Sollten Fledermäuse in Größenordnungen vorkommen, sind in der näheren Umgebung Ersatzquartiere zu schaffen.

→ Die Beeinträchtigung kann durch die Vermeidungsmaßnahme vollständig vermieden werden und muss daher nicht zusätzlich ausgeglichen bzw. ersetzt werden.

Schutzgut Wasser

Konflikt 4.1 (K4.1) – Kleinflächig veränderter Oberflächenabfluss

anlagebedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: 150/1, 151, 152, 154, 162, 200/1-4, 201/1-2

Bei der durch die Wegebaumaßnahmen verursachten Versiegelung ist mit einem veränderten Oberflächenabfluss zu rechnen. Die Grundwasserneubildungsrate wird jedoch nicht verringert, da das anfallende Oberflächenwasser ortsnahe versickern kann. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Wasser ist daher nicht zu erwarten.

Zur Verminderung werden im Rahmen der Ausführungsplanung Möglichkeiten zur Verringerung des Versiegelungsgrades genutzt (z.B. überlagernde Anordnung der Ausweichstellen und Feldzufahrten).

Vermeidungsmaßnahmen

V.-Nr. 1 – Versiegelungsgrad möglichst gering halten

Möglichkeiten zur Verringerung des Versiegelungsgrades im Zuge der Ausführungsplanung müssen berücksichtigt werden (z.B. überlagernde Anordnung der Ausweichstellen und Feldzufahrten).

V.-Nr. 1a – Rückbau der bauzeitlichen Lager- und Stellflächen

Nach Abschluss der Brückenbauarbeiten, ist die Befestigung/ Aufschüttung für die bauzeitlichen Lagerflächen komplett zurück zu bauen.

→ Die Beeinträchtigung ist nicht erheblich und kann durch die Vermeidungsmaßnahmen noch vermindert werden. Ein Ausgleich oder Ersatz ist daher nicht erforderlich. Davon abgesehen wirken sich die beim Schutzgut Boden festgesetzten Kompensationsmaßnahmen auch positiv auf das Schutzgut Wasser aus.

Konflikt 4.2 (K4.2) – Beeinträchtigung von berichtspflichtigen Gewässern gem. WRRL

baubedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: 700, 703, 706, 707

Da bei der Brücke 700 und den Durchlässen 703, 706 und 707 Arbeiten direkt im Gewässer stattfinden, besteht hier ein besonderes Gefährdungspotential zur Verunreinigung des Gewässers.

Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen ist ein besonders vorsichtiger Umgang mit Betriebsstoffen erforderlich.

Um die ökologische Durchgängigkeit an dieser Stelle zu erhalten und nicht zu beeinträchtigen ist

darauf zu achten, dass der Neubau bzw. Ersatzneubau eine Sohle mit natürlichem Material und ohne Sohlsprünge aufweist.

Vermeidungsmaßnahmen

V. -Nr. 10 – Vorsichtiger Umgang mit Betriebsstoffen

Um eine Verunreinigung des Gewässers zu vermeiden sind nur Baugeräte und Fahrzeuge zugelassen, die die geltenden Wasserschutzstandards erfüllen bzw. mit biologisch abbaubaren Schmierstoffen und Hydraulikölen befüllt sind. Sollten trotz aller Vorsicht Verunreinigungen eintreten, sind diese sofort mit, auf der Baustelle vorzuhaltenden, Absorptionsmitteln zu binden und danach aufzunehmen. Für die Zwischenlagerung sind nur Behälter zugelassen, die die Bauartzulassung nach WHG besitzen.

V. -Nr. 11 – Erhaltung der ökologischen Durchgängigkeit

Bei Neu- und Ersatzneubaumaßnahmen von Kreuzungsbauwerken an berichtspflichtigen Gewässern ist darauf zu achten, dass eine Sohle mit natürlichem Material und ohne Sohlsprünge hergestellt wird.

→ Die Beeinträchtigung kann durch die Vermeidungsmaßnahme bis auf ein unerhebliches Maß reduziert werden und muss daher nicht zusätzlich ausgeglichen bzw. ersetzt werden.

Schutzgut Landschaftsbild

Konflikt 5 (K5) – Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch Erhöhung des Versiegelungsgrades

anlagebedingt

Folgende Maßnahmen sind betroffen: 151, 152, 154, 162, 200/1-4, 201/1-2

Der Wegebau verursacht je nach Ausbaugrad eine visuelle Beeinträchtigung. Die Eigenart der Landschaft wird gestört und dauerhaft verändert.

Vermeidungsmaßnahmen

V.-Nr. 1 – Versiegelungsgrad möglichst gering halten

Möglichkeiten zur Verringerung des Versiegelungsgrades im Zuge der Ausführungsplanung müssen berücksichtigt werden (z.B. überlagernde Anordnung der Ausweichstellen und Feldzufahrten).

→ Die Beeinträchtigung ist nicht vollständig zu vermeiden und ist daher auszugleichen bzw. zu ersetzen.

Folgende Ersatzmaßnahmen werden festgelegt:

M 1001 - 1008 – Gewässerrandstreifen / Saumstreifen (18.042 m² von insgesamt 18.775 m²)